

Mit dem Schüren von Hass und Intoleranz zum Wahlsieg

Indonesiens religiöser Pluralismus gerät weiter unter Druck

Felix Heiduk

Jakartas Gouverneurswahlen wurden überschattet von einem außerordentlich polarisierenden, sektiererischen Wahlkampf. Religiöse Hardliner mobilisierten Hunderttausende Menschen, die gegen den amtierenden Gouverneur Basuki Tjahaja Purnama (genannt »Ahok«) demonstrierten. Sie riefen alle Muslime dazu auf, gegen Ahok zu stimmen, weil er als Christ in einem mehrheitlich muslimischen Land keine politische Führungsposition innehaben dürfe. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, den Koran beleidigt und sich der Blasphemie schuldig gemacht zu haben. Das Ausmaß, in dem Ahok wegen seiner Religionszugehörigkeit und in geringerem Maße auch wegen seiner chinesischen Herkunft verunglimpft wurde, ist in der indonesischen Politik ohne Beispiel. Mehr noch: Die Verunglimpfung Ahoks sicherte seinen Gegnern den Sieg. Aus der Wahl ging überraschend deutlich Anies Baswedan als Sieger hervor.

Seit dem Ende der Suharto-Diktatur 1998 galt Indonesien als Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie. Auch wird im größten muslimischen Land der Welt überwiegend ein offener, moderater Islam praktiziert. Dieses Bild bröckelt nicht erst seit Jakartas Gouverneurswahlen, bei der eine Koalition aus islamistischen Hardlinern, allen voran der Front Pembela Islam (Front für die Verteidigung des Islam, FPI), eine zentrale Rolle spielte. Die FPI, die für die Einführung der Scharia als übergeordnete Rechtsordnung in Indonesien eintritt, machte zunächst vor allem durch Angriffe auf Nachtclubs, Bars und Konzerte sowie auf vermeintliche Apostaten und

Kommunisten von sich reden. Trotz ihrer häufig gegen geltendes Recht verstoßenden, nicht selten gewalttätigen Aktionen blieb sie weitgehend unbehelligt. Kritiker führen dies auf enge Verbindungen der FPI zu konservativen politischen Kreisen und zu Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte zurück.

Ahoks Gegner, inklusive Anies Baswedan, zeigten gegenüber der FPI keinerlei Berührungängste und machten sie gewissermaßen salonfähig. Unterstützt wurde die FPI von den alten, konservativen Eliten der Suharto-Ära um Prabowo Subianto, der Joko Widodo (genannt »Jokowi«) bei den Präsidentschaftswahlen 2014 unterlag. Der politische Einfluss dieser Eliten in Jakarta war in

den letzten Jahren stetig gesunken, da Ahoks technokratisches Vorgehen und seine Anti-Korruptionspolitik ihre auf endemischer Korruption basierenden Patronagenetzwerke zumindest in Teilen bedroht hatte.

Wirkungsvolle Blasphemievorwürfe

Als der reformorientierte Jokowi 2014, damals Gouverneur Jakartas, die Präsidentschaftswahlen gegen Subianto gewann, wurde sein Stellvertreter Ahok zum Gouverneur ernannt. Dass ein chinesischstämmiger Christ Gouverneur der Hauptstadt wurde, galt international als »Meilenstein« (*Time Magazine*) und Symbol für ein tolerantes, pluralistisches Indonesien. Zur selben Zeit jedoch begannen Organisationen wie die FPI bereits gegen Ahok mobilzumachen. Unter Berufung auf den Koran (Sure 5:51) wurde argumentiert, dass ein Christ niemals über Muslime herrschen dürfe. Das Amt des Gouverneurs von Jakarta, dessen Bevölkerung zu über 80 Prozent muslimischen Glaubens ist, müsse daher einem Muslim vorbehalten sein.

Die Proteste gegen Ahok konnten seinen Einzug in den Gouverneurspalast jedoch nicht verhindern. Im September 2016, wenige Monate vor der Wahl, tauchte ein Video im Internet auf, in dem Ahok davon spricht, dass die unter Berufung auf Sure 5:51 gegen ihn gerichtete Kampagne nur ein Mittel bestimmter religiöser Anführer sei, um die Wähler in die Irre zu führen. Das Video wurde jedoch manipuliert, so dass die Worte Ahoks als Kritik am Koran selbst interpretiert werden konnten. Das manipulierte Video diente in der Folge als Beweismittel, um gegen Ahok ein Gerichtsverfahren wegen Blasphemie einzuleiten und zu Massendemonstrationen gegen ihn aufzurufen.

Bröckelnde religiöse Toleranz

Die Welle religiöser Intoleranz, die bei der Gouverneurswahl über Jakarta hereinbrach, überraschte lediglich in ihren Formen und Dimensionen: Hasskommentare in sozialen Netzwerken; Imame, die damit drohten,

keine Beerdigungen von Muslimen zu vollziehen, die für Ahok stimmen; bei Demonstrationen wurde zum Lynchmord Ahoks aufgerufen; und die versuchte Stürmung von Ahoks Wohnhaus. Dabei sind Intoleranz und Diskriminierung religiöser Minderheiten seit langem Teil der indonesischen Realität. Und dies trotz einer Verfassung, die die freie Ausübung der sechs offiziell anerkannten Religionen formell garantiert und Diskriminierung wegen religiöser Überzeugung und Ethnizität verbietet.

Am spektakulärsten sind Gewaltakte gegen Angehörige religiöser Minderheiten (v. a. Christen und Buddhisten) und vermeintliche islamische »Häretiker« (Ahmadiyah, Schiiten). In den letzten Jahren wurden Ahmadies wiederholt in diversen Provinzen angegriffen, Familien aus ihren Häusern vertrieben und Ahmadiyah-Moscheen geschlossen. Ziel ähnlicher Angriffe waren im selben Zeitraum auch Schiiten und schiitische Moscheen sowie buddhistische Tempel. Ebenfalls zugenommen haben Anschläge auf christliche Kirchen. Auch werden christlichen Gemeinden häufiger als früher die für den Neubau von Kirchen notwendigen offiziellen Genehmigungen verweigert.

Derartige Phänomene sind Ausdruck weitverbreiteter gesellschaftlicher Einstellungsmuster. So zeigen Ergebnisse neuerer Umfragen, dass ein orthodoxes Islamverständnis an Bedeutung gewinnt und die religiöse Toleranz schwindet. Beispielsweise waren 72 Prozent der im Rahmen des »World's Muslims Survey« (Pew Research Center) befragten Indonesier der Meinung, es gebe nur eine gültige Islaminterpretation. Nur 24 Prozent akzeptierten Schiiten und nur 12 Prozent Ahmadiyahs als Muslime. Im Vergleich zu anderen untersuchten Staaten sind beide Werte sehr niedrig. 95 Prozent der befragten Muslime gaben zudem an, dass sie ausschließlich muslimische Freunde hätten. Einer Ehe mit Partnern anderer Religionszugehörigkeit stimmten nur 6 Prozent (Ehepartner ihres Sohnes) bzw. 2 Prozent (Ehepartner ihrer Tochter) der Befragten zu. Einer Umfrage des Lem-

bangsa Survey Indonesia (LSI) zufolge lehnten es 41,8 Prozent der Befragten ab, Schiiten als Nachbarn zu haben. Gegen Ahmadis als Nachbarn waren 46,6 Prozent. Vergleichbare Daten für die mehrheitlich von Christen bewohnten Provinzen Indonesiens (v. a. im Osten des Landes) liegen nicht vor. Doch sind aus diesen Gebieten ebenfalls Fälle von Brandanschlägen auf muslimische Gebetshäuser und die Verweigerung von Baugenehmigungen für Moscheen bekannt geworden.

Religion macht Politik

Derartige gesellschaftliche Trends verfehlten auch bei der Wahl des Gouverneurs von Jakarta ihre Wirkung nicht. Sie boten die Möglichkeit, konservative religiöse Einstellungsmuster gegen Ahok zu instrumentalisieren. Ahok erzielte zwar bei Umfragen in der ersten Jahreshälfte 2016 hohe Zustimmungsraten von mindestens 70 Prozent für seine Reformen etwa beim Kampf gegen Korruption, bei Abwassermanagement und Gesundheitsversorgung. In der Stichwahl jedoch konnte er nicht mehr als 40 Prozent der Wähler für sich mobilisieren. Die Wahl zum Gouverneur von Jakarta fügt sich damit in eine Reihe von Lokalwahlen ein, bei denen das (teils implizite, teils explizite) Ausspielen der religiösen Karte einen Wahlsieg von Minderheiten verhindert hat.

Dazu trug auch bei, dass liberale Islamgelehrte und Politiker aus Angst, als unislamisch zu gelten, bisher zu dieser Praxis geschwiegen haben oder gar, wie das Beispiel Anies Baswedan zeigt, selbst opportunistisch konservative Islaminterpretationen genutzt haben, um eigene politische Interessen durchzusetzen. Und auch in dieser Hinsicht ist die Gouverneurswahl kein Einzelfall: Untersuchungen zeigen, dass beispielsweise über die Hälfte lokaler Scharia-Verordnungen von Politikern eingeführt worden sind, die keiner religiösen Partei angehören. Der zunehmende Druck, dem sich Vertreter eines offenen, liberalen Islam ausgesetzt sehen, erklärt sich aus einer Kombination von gesellschaftlicher Islamisierung, der fortschreitenden Verschrän-

kung von Islam und Politik, einem in der indonesischen Verfassung propagierten engen Verständnis von religiösem Pluralismus, welches auf die sechs staatlich anerkannten Religionen beschränkt ist, und blankem politischem Opportunismus.

Kampf um Indonesiens Islam

Die Ereignisse der letzten Monate lassen nicht nur die wachsende politische Bedeutung des Islam erkennen, sie sind vielmehr symptomatisch für den akuten Konflikt widerstreitender Islaminterpretationen: Einer offenen, pluralistische Islaminterpretation steht eine eher puritanische, orthodoxere Interpretation gegenüber. Indonesiens Politik und Gesellschaft werden seit der Unabhängigkeit von diesem Spannungsverhältnis stark beeinflusst.

Insbesondere unter der Militärdiktatur Suhartos wurden eine pluralistische Islamauslegung gefördert und islamistische Kräfte unterdrückt. Das Ende des Suharto-Regimes 1998 öffnete die politische Bühne auch wieder für islamistische Akteure. Sie gewannen vor allem unter der Präsidentschaft Susilo Bambang Yudhoyonos (genannt »SBY«) an politischem Einfluss. SBY regierte mit Unterstützung islamistischer Parteien, die darum Teile der politischen Agenda bestimmen konnten. Unter seiner Präsidentschaft wurde auch der konservative Rat der Islamgelehrten Indonesiens (Majelis Ulama Indonesia, MUI) politisch stark aufgewertet. Der MUI veröffentlichte zahlreiche *fatwas*, in denen er unter anderem Säkularismus, Pluralismus und Liberalismus verurteilte. Der Rat sprach sich auch für das Verbot der Ahmadiyah aus, erklärte Schiiten zu Häretikern und zuletzt Homosexualität für unislamisch.

Die »konservative Wende« des indonesischen Islam machte auch vor muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht Halt, wie der 29 Millionen Mitglieder starken Muhammadiyah und der mit über 50 Millionen Mitgliedern noch größeren, traditionell pluralistisch orientierten Nahdlatul Ulama (NU). Obwohl sich die Vorstände bei-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

der Organisationen von den FPI-geführten Demonstrationen gegen Ahok distanzieren und ihren Mitgliedern empfehlen, sich von ihnen fernzuhalten, haben deren Repräsentanten im MUI die erwähnten *fatwas* mitgetragen. Diverse regionale Muhammadiyah- und NU-Gruppen traten auf den Anti-Ahok-Demonstrationen ostentativ und teilweise zusammen mit Gruppen wie der FPI auf.

Diese Befunde sollen nicht zu dem Schluss verleiten, dass sich keinerlei Widerstand formiert. Liberale Muslime sowie Minderheitenvertreter sind bis vor das Verfassungsgericht gezogen, um gegen die erwähnten *fatwas* ebenso wie gegen das Blasphemie-Gesetz zu klagen. Bislang hatte jedoch keine der Verfassungsklagen Erfolg. Auch innerhalb islamischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere innerhalb der NU, wächst der Widerstand gegen die perzipierten »Arabisierungstendenzen«. Ihnen setzten liberale muslimische Intellektuelle das Konzept eines »Islam Nusantara« (Islam des Archipels) entgegen, das die toleranten, pluralistischen Aspekte des indonesischen Islams betont.

Bislang hat die auf lokaler Ebene vielerorts zu beobachtende Islamisierung von Politik und Gesellschaft die nationalen Kräfteverhältnisse nicht merklich verändert. Nach wie vor dominieren im Parlament säkular orientierte Parteien. Bei den nationalen Wahlen 2014 konnten religiöse Parteien nur leichte Zugewinne verbuchen. Umfragen zufolge waren religiöse Fragen für viele Wähler nicht wahlentscheidend, sondern Themen wie wirtschaftliche Entwicklung und Korruptionsbekämpfung. Keine der islamischen Parteien trat bei nationalen Wahlen für die Einführung des Islam als Staatsreligion oder der Scharia als indonesienweiter Rechtsordnung ein. Abgesehen davon sind die religiösen Parteien in unterschiedliche Koalitionen mit jeweils säkularen Parteien eingebunden, eine »grüne« (die Farbe des Islam) Parlamentsfraktion ist bislang nicht gebildet worden.

Politisches Barometer für 2019?

Der Wahl des Gouverneurs von Jakarta wurde bereits im Vorfeld einige Bedeutung für die nationalen Wahlen 2019 zugemessen. Der Wahlausgang ist eine Niederlage für die Jokowi-Regierung, aber auch für Pluralismus und liberalen Islam. Bislang »radikale« Organisationen wie die FPI sind ebenso wie ihre Anschauungen, die Religionsfreiheit, Minderheitenrechte und Demokratie auf der Basis einer extrem konservativen Islaminterpretation in Frage stellen, noch weiter als bisher in den politischen Mainstream vorgedrungen.

Ahoks Nachfolger Baswedan ist allerdings kein islamistischer Hardliner. Schon einen Tag nach der Wahl hatte er sich öffentlich von Ankündigungen im Wahlkampf distanziert, Scharia-Verordnungen einführen zu wollen. Dazu passt auch, dass die Staatsanwaltschaft die Blasphemievorwürfe gegen Ahok revidierte und damit das mögliche Strafmaß deutlich herabsetzte.

Ungeachtet dessen verdeutlicht das Wahlergebnis, dass bei der Wahl von Kandidaten für öffentliche Ämter zunehmend weniger ihre Politik eine Rolle spielt als vielmehr ihre religiöse Überzeugung. Die Annahme erscheint daher plausibel, dass auch bei den nationalen Wahlen 2019 der Islam weit mehr als bislang für politische Zwecke instrumentalisiert werden dürfte. Mehr noch: Islamistischen Hardlinern ist es 2017 erstmals gelungen, mit etablierten konservativen Kräften ein Bündnis einzugehen und sich in diesem Kontext zum Mehrheitsbeschaffer aufzuschwingen. Die dadurch auf den Plan gerufenen Geister dürfte die indonesische Politik zumindest kurz- und mittelfristig schwer wieder loswerden.